

# Posener Zeitung.

Neun und siebzigster Jahrgang.

Nr. 452.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Beziehungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

## Amtliches.

Berlin, 30. Juni. Der Kaiser und König hat den königl. preuß. Reg.-Aß. Schroeder zum kais. Reg.-Rath und ständigen Hülfarbeiter im Reichskanzleramt ernannt.

Der König hat dem Pfarrer Effenberger zu Görchen im Kirche Kröben den R. A. O. 4. Kl. verliehen; dem Reg.- und Bau-Rath Plate zu Münster den Charakter als Geh. Reg.-Rath, sowie den Kaufleuten und Handelsfabrikanten Hermann und Rudolph Pflüger, Inhaber der Firma "C. F. Pflüger", zu Bernau das Prädikat als königl. Hoflieferanten verliehen; und den seitherigen Bürgermeister der Stadt Stendal, Gottfried Lenz, in Folge der von der Stadtverordneten-Versammlung zu Cöslin getroffenen Wahl, als Bürgermeister der Stadt Cöslin auf die gesetzliche Amtsduer von zwölf Jahren bestätigt.

## Vom Landtage.

## 77. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin 30. Juni, 10 Uhr. Am Ministertische: Friedenthal, Geh. Rath Schneider, Herrfurth, Grandsch. u. A.

Der Präsident eröffnet die Sitzung mit der Mittheilung, daß um 12 Uhr die Mitglieder des Herrenhauses sich zu einer gemeinsamen Sitzung beabsichtigt Entgegennahme einer Allerhöchsten Botschaft im Hause versammeln werden.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst die vom Herrenhause in veränderter Fassung zurückgelangten Gesetzentwürfe, betreffend die Befähigung für den höheren Verwaltungsdienst und die Umzugskosten der Staatsbeamten.

Abg. Lasker beantragt mit Rücksicht auf die Wichtigkeit des Gegenstandes und die Kürze der Zeit die beiden Vorslagen von der Tagesordnung abzulegen, da das Haus in diesem Augenblick nicht die Verantwortung für eine Entscheidung übernehmen könne, die das vorige Mal nur mit einer Majorität von 7 Stimmen getroffen worden.

Das Haus beschließt demgemäß.

Ebenso wird die Prüfung über das ev. Erlöschen des Mandats der Abg. Dr. Birchow und Schmelzer auf den Antrag Windthorst (Meppen) abgelehnt.

Das Haus erledigt hierauf eine Anzahl von Petitionen ohne allgemeineres Interesse gemäß den Anträgen der Kommission und beschließt sodann die weiteren Arbeiten zu vertagen.

Der Präsident gibt die übliche statistische Übersicht über die Geschäftstätigkeit des Hauses. Dasselbe hat seit dem 16. Januar d. J. tagt und 77 Plenarsitzungen abgehalten. Von der Regierung sind zusammen 57 Vorträge eingegangen, darunter 35 Gesetzentwürfe, von denen 29 überstimmt dem Abgeordneten- und Herrenhaus erledigt sind; bei Dreiern ist eine Übereinstimmung nicht erzielt, und zur Schlussberatung im Hause nicht gelangt. Es sind 3750 Petitionen eingegangen, von denen 1181 unerledigt geblieben sind. Von Mandaten des Hauses sind gegenwärtig 5 vakant.

Abg. v. Bonn dankt Namens des Hauses dem Präsidenten für eine Umsicht, Ausdauer und fördernde Leitung der Geschäfte, die nichts von vollständiger Unparteilichkeit begleitet war; die Mitglieder des Hauses erheben sich zur Anerkennung dessen von ihren Plätzen.

Präsident von Bemmigen: Ich habe nicht blos in dieser Sesssion, sondern in den drei Jahren, in welchen Sie mich an diesen Ehrenplatz des Hauses gestellt haben, so viel Beweise des wohlwollenden Vertrauens und der Anerkennung unverdienter Weise erhalten, daß ich nicht genug dankbar dafür sein kann. In der verantwortlichen Thätigkeit eines Präsidenten einer so großen Versammlung müssen natürlich bei der angestrebten, fast erwarteten Arbeit dieses Hauses, bei dem lebhaften Gegenjag der Parteien, der ja von stürmischer Leidenschaft in den Verhandlungen nicht immer freibleiben kann, Momente vorkommen, begleitet von irrgewissen und fehlerhaften Entscheidungen. Das ist unvermeidlich. Ich habe in all dieser Zeit bei Ihnen stets die allergrößte Nachsicht in der Beurtheilung meiner Pflichterfüllung gefunden; und wenn es mir gelungen ist, die Entschlossenheit, welche ein Präsident nicht entbehren und das Maß von Selbstvertrauen, ohne daß er nicht nachhaltig wirken kann, mir stets zu bewahren, so ist das nur möglich gewesen durch das feste Vertrauen das Sie Alle, wie Sie auch sonst über die politischen Richtungen denken und welcher Partei Sie auch angehören mögen, mir stets bewiesen haben und weil mir die Überzeugung nie gefehlt hat, daß Sie, wie Sie auch sonst über meine Thätigkeit denken, auch anerkannt haben, daß, so oft ich in dieser Stellung zu handeln berufen war, stets vergeblich habe, welcher Partei ich selbst angehöre. (Sehr wahr!) In diesem Vertrauen, daß eine solche Übereinstimmung zwischen Ihnen und mir stattfindet, ist es mir allein möglich gewesen, mein verantwortliches Amt zu führen. — Mr. H. Wir stehen am Ende nicht blos dieser Sesssion, sondern einer dreijährigen Legislaturperiode, welche zu den bemerkenswertesten in der preußischen Geschichte gehören wird, nicht allein durch die Masse des legislatorischen Stoffes, welcher uns in diesen Jahren zur Bearbeitung überwiesen wurde oder aus Ihrer eigenen Initiative hervorgegangen ist, nein auch durch die erfolgreiche legislatorische Thätigkeit in fast allen Gebieten des öffentlichen Lebens. Auch unseren Nachfolgern wird noch ein reiches Maß Arbeit für mehrere Jahre überlassen bleiben, bei der Umwandlung fast aller öffentlichen Verhältnisse, in der der preußische Staat begriffen ist. Auch unsere Nachfolger werden nicht frei bleiben können von den ehemals, selbst von den stürmischen Aufregungen, welche in diesen Jahren häufig dieses Haus gesehen hat. Lassen Sie uns hoffen, daß isseringe, was in diesen Jahren geschaffen ist, in seinem Ausgange id in seinen nachhaltigen Wirkungen zum Segen unseres Vaterlandes ausschlagen möge, des Vaterlandes, dem wir alle bei den Begehrungen und Entscheidungen dieses Hauses unsere besten Kräfte idmen, einerlei, welchen Standpunkt wir innehalten. Mir wird die gemeinsame Thätigkeit in diesen Jahren mit Ihnen in der reinen Stellung, welche Sie mir wiederholt übertragen haben, vertraulich sein. Ich bitte Sie, daß, wenn Sie in Ihre Heimatwiederkehren, Sie auch mir persönlich eine wohlwollende Erinnerung wahren mögen (Beifall). — Mr. H., in dem Augenblick, wo wir unsere Sitzungen beschließen, um in die Heimat zurückzukehren, fordere ich Sie auf mit mir einzustimmen in den alt gewohnten Ruf der Treue und Ehrehaftigkeit: Se. Majestät der deutsche Kaiser, König Wilhelm von Preußen, lebe hoch! (Die Mitglieder des Hauses erheben sich und stimmen dreimal in den Ruf ein.) Schluss

welcher am Ministertische die Staatsminister Camphausen, Graf zu Eulenburg, v. Kameke, Leonhardt, Falk, Achenbach, Friedenthal und Hofmann Theil nehmen.

Der Vicepräsident des Staatsministeriums Camphausen nimmt das Wort zur Vorlesung folgender Allerh. Botschaft:

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ic. haben auf Grund des Art. 77 der Verfassungskunde vom 31. Januar 1850 den Vicepräsidenten Unseres Staatsministeriums Camphausen beauftragt, die gegenwärtige Sitzung beider Häuser des Landtages Unserer Monarchie am 30. Juni d. J. in Unserm Namen zu schließen.

Gegeben Bad Ems, den 28. Juni 1876.

Sonnabend, 1. Juli

(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die schweigepflichtete Zeile oder deren Raum, Reklame verhältnismäßig höhere, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr nachmittags angenommen.

Antonien-Bureau

In Berlin, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stuttgart, Wien bei G. L. Daube & Co., Hansestadt & Vogler, Rudolph Nesse. In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Auwaldendank“.

1876.

Wilhelm.

In Gemäßheit des mir ertheilten Allerh. Auftrages erläutere ich hiermit Namens Sr. Majestät den Landtag der Monarchie für geschlossen.

Präsident Graf zu Stolberg: Bevor wir uns trennen, fordere ich Sie auf, mit mir in den Ruf einzustimmen: Se. Majestät der Kaiser und König lebe hoch! Das Haus stimmt dreimal lebhaft ein.

## Zur Lage im Orient.

Europa steht plötzlich vor einem Kriege in seinen südöstlichen Grenzländern, der zwar langsam und still vorbereitet, doch überraschend schnell als ernste Thatache hereingebrochen ist. Der serbisch-türkische Krieg ist durch die feierliche Abreise des Fürsten Milan zur Grenze, sowie durch Überreichung dieser letzteren durch serbische Freiwilligencorps eingeleitet, wenngleich die Übergabe einer förmlichen Kriegserklärung erst für die nächsten Stunden erwartet wird. Auch in Betreff Montenegros kann man sich auf ähnliche Ereignisse gefaßt machen. So haben denn die Staaten Europa's Stellung zu nehmen gegenüber den Vorgängen im Orient und den Konsequenzen, zu denen diese schließlich führen müssen. Von besonderem Interesse erscheint uns naturgemäß das Verhältniß, in dem Deutschland zu dem historischen Drama im Osten steht und nächst unserer eigenen Anteilnahme erscheint uns diejenige Österreich-Ungarns, des dem Kriegsunwetter zunächst gelegenen Reiches, von hervorragender Bedeutung. Über die Stellung dieser beiden befriedeten Weltmächte zu den kriegerischen Eventualitäten im Pfortenreich spricht sich die „Berl. Autogr. Korr.“ in folgender Weise aus:

Die europäische Lage wird durch die kriegerischen Ereignisse die zu erwarten stehen, zunächst nicht verändert werden. Die europäischen Mächte werden sich vorläufig jeder Intervention enthalten, auch die an das Kriegstheater angrenzende österreichisch-ungarische Monarchie wird sich darauf beschränken, ihr eigenes Gebiet gegen die Rückwirkung des Krieges zu schützen. Wenn man in Deutschland einer solchen Politik der Reichsregierung den Vorzug giebt, welche den europäischen Frieden zu sichern bestrebt ist, so schwärmt man doch andererseits auch nicht für den Fortbestand der gegenwärtigen Verhältnisse im Pfortenreich; man würde sogar einem Ausgang des inneren Krieges in jenem Reiche den Vorzug geben, welcher, sei es durch die Aufrichtung neuer im Innern autonomer Vasallenstaaten oder sei es durch die Bildung auch nach Außen hin unabhängiger Staatswesen, die christliche Bevölkerung dauernd in die Lage versetze, sich ihren nationalen Anlagen gemäß zu entwickeln. Man ist überzeugt, daß der schließlich doch nicht abzuwendende Zerfall des osmanischen Reiches durch eine solche allmähliche Lockerung seines Verbündeten und durch die Abtrennung einzelner Landesteile, die zu selbstständigen Staatswesen sich zu entwickeln die Fähigkeit besitzen, in dem Frieden Europas zuträglichsten Weise vorbereitet werden würde. Sehr viel wird in letzterer Beziehung auf die Entwickelungen ankommen, welche im Rufe des Kaisers von Österreich und Königs von Ungarn getroffen werden, da die Gleichartigkeit der Nationalität dieses und jenseit der Grenzen das Aufsteigen der bisher unter der Herrschaft der Pforte stehenden Brüder zu katalanischer Selbstständigkeit naturgemäß auch bei den österreichisch-ungarischen Südalpen ein Ansprüche wachrufen muß, die innerhalb des gegenwärtigen dualistischen Systems, wo in der einen Hälfte der Monarchie die Deutschen, in der anderen die Magyaren dominieren, keine Befriedigung finden können. Vor Altem werden, da bei ihnen die geistige Überlegenheit der höheren Kultur auf einen kleinen Bruchteil reduziert, die Magyaren abgeneigt sein, einer Gestaltung der Verhältnisse im Pfortenreich das Wort zu reden, bei welcher von dort her ihrer eigenen politischen Herrschaft in der östlichen Hälfte der Monarchie eine Schmälerung droht. Die ungarische Regierung wird aber gut daran thun, den Einfluß, welcher ihr auf die Gesamtpolitik der Monarchie zusteht, nicht für die Machtkräfte einer einzigen Nationalität einzufügen, die für sich allein lange nicht die Mehrheit der Bevölkerung in den Ländern der Stephanskrona darstellt.

Zur augenblicklichen Lage der orientalischen Wirren sind uns nachfolgende neuere Depeschen zugegangen:

Brüssel, 30. Juni. Das Journal „Le Nord“ ist zwar der Ansicht, daß man jetzt die Thatachen reden lassen müsse, wirkt aber gleichwohl einen Rückblick auf die verschiedenen Phasen der orientalischen Krisis, bringt Details über die in Berlin vereinbarten praktischen Maßregeln zur Herbeiführung der Pazifikation und fährt dann fort:

Wir glauben, ohne uns irgendwie in optimistischen Anschaunungen zu bewegen, daß man als sicher annehmen kann, daß das Werk der Paxifikation und der Reorganisation durch das Einverständnis der Mächte würde herbeigeführt werden. Die Ereignisse werden lehren, ob die brüksche Unterbrechung dieser Arbeit des Verhügens und Versöhns und das Niederkreisen der Grenzen, welche einen Ausbruch der Leidenschaften verhüten, mehr zum Vortheile für die Christen, für die Türkei und für Europa beitragen werde. Die Kabinete, die der Krise vorzubereiten nicht im Stande gewesen sind, haben ein überaus großes Interesse daran, sich über die Folgen des Ausbruchs derselben zu verständigen. Das Einverständnis der drei Kaiserhöfe bleibt unverändert dasselbe für Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens;

hoffen wir, daß alle europäischen Kabinete sich ihnen für die Zwecke dieses gemeinsamen Interesses anschließen werden. Die Hauptfache bleibt, daß das Prinzip der absoluten Nichtneuträglichkeit beobachtet wird, immerhin darf jedoch diese Nichtneuträglichkeit nicht eine vollständige Gleichgültigkeit sein. Europa würde immer die Pflicht haben,

dem Kampfe Einhalt zu thun, wenn derselbe in einen Krieg der Ver-

wildering ausarten sollte, der keine andere Aussicht läßt, als die auf eine vollständige Vernichtung.

Wien, 30. Juni. Die „Wiener Abendpost“ bespricht die Lage in Serbien und bemerkt, während die Türkei keinerlei aggressive Zwecke Serbien gegenüber verfolgte und sich die politischen Rückzugslinien vollständig gesichert erhielt, scheine Serbien auf einer Bahn zu sein, auf welcher eine Umkehr, so sehr dieselbe im vorherstandenen Interesse Serbiens läge, schwerlich mehr zu erwarten wäre.

## Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 1. Juli.

— Ueber die Weiterreise des Kaisers und Königs sind nunmehr definitiv folgende Dispositionen festgesetzt worden. Nachdem Sr. Maj. der Kaiser am 5. Juli Bad Ems verlassen und bis zum 8. Juli in Koblenz Aufenthalt genommen haben wird, findet am selben Tage die Übersiedelung nach Homburg v. d. H. statt, wo der Kaiser mit dem Gefolge das Hoflager bis zum 11. Juli früh ausdehnen beabsichtigt. Von dort wird die Weiterreise zunächst bis Baden-Baden erfolgen.

— Graf Harry v. Arnim ist, nach dem „Sprudel“ zur Kur in Karlsbad eingetroffen.

— Wir haben bereits das Schreiben des Herrn Delbrück (in Vertretung des Reichskanzlers) an den Kriegsminister v. Kameke in Betreff der Rechtsansprüche des Reiches an das Beughaus veröffentlicht. Das Schreiben Delbrück's ist wie jetzt bekannt wird, vom 28. Mai datirt und seitens des Kriegsministers am 6. Juni dem Vorsitzenden der Budgetkommission übermittelt worden. Herr v. Benda hat natürlich nicht auf eigene Faust gehandelt, indem er die Mitteilung dieses Schreibens an die Kommission bis zum 27. d. verschob so daß eine Berathung der Ruhmeshallen angelegt ist in dieser Session schon dadurch unmöglich würde. Der Vertreter des Kriegsministers, Generalleutnant v. Rautenkraut erklärte sich denn auch damit einverstanden, daß die Kommission in die Berathung der Vorlage, deren Urheberschaft Niemand mehr auf sich nehmen will, nicht mehr eintrete. Das ist das nicht unerwartete, aber ruhmvolle Ende dieses unglücklichen Projektes.

— Das vor eben ausgegebene Heft der „Preußischen Jahrbücher“ bringt einen Aufsatz Heinrich von Treitschke's über die Türkei und die Großmächte, dessen Voraussetzungen zwar im Augenblick, wo der Ausbruch des serbisch-türkischen Krieges bevorsteht, zum Theil durch die Ereignisse überholt erscheinen, dessen Ideengang jedoch nach wie vor als Richtschnur für die gesamte Entwicklung der orientalischen Frage von Interesse bleibt. Der berühmte Publizist gelangt zu folgenden Schlussfolgerungen:

So lange das Dreikaiserbündniß währt, steht für den europäischen Frieden nichts zu fürchten, und die Aussichten dieses Bundes sind noch immer ganz ungetrübt. Begreiflich allerdings, daß in Wien ein Gewirr der verschiedensten Bestrebungen durcheinanderwoge: alle die unzähligen Gegenseite der Parteien und des Volkhums, welche der Kaiserstaat umschließt, werden durch die orientalische Frage wahrgenommen. Die Polen, und mit ihnen ein Theil der Ultramontane, verlangen den Krieg mit Russland; der Diktator Langiewicz treibt in Konstantinopel sein Wesen, und Kardinal Ledochowski schürt am östlichen Stuhle den Russenhaß. In gleichem Sinne wirken jene Altkonservativen, die noch immer den alten Metternichischen Lehrgang predigen, daß Österreich und die Pforte solidarisch verbunden seien. Aber auch eine dicke Schaar von deutschen Durchschnittsliberalen bläßt in dasselbe Horn, diese Leute glauben durch die bekannten geistreichen Redensarten über das freie England und die Barbaren des Ostens ihren Freiheiten zu bestimmen. Dem gegenüber fordern mindestens vier Parteien die Unterstüzung des Auslandes und Eroberungen südlich der Donau. Die Czeden, Serben und Kroaten wollen ihren Brüdern im Süden helfen; eine ehrgeizige Militärpartei verlangt, unter dem Beifall eisriger Großösterreich, Ersatz für die Verluste der jüngsten Jahre; eine Fraktion der Ultramontane wünscht slavisches Land zu erobern, um die verhassten Magyaren in die Enge zu treiben; endlich giebt es leider auch einige verblendete deutsche Enthusiasten, die den Kaiserstaat im Osten vergrößern möchten, damit seine Westhälfte an das deutsche Reich falle. Wer aber, wie wir Deutschen draußen im Reich, den Beifall des österr. Monarchie und ihrer dualistischen Verfassung ernstlich wünscht, der muß auch einsehen, daß Österreich heutzutage in der Türkei nichts mehr erobern kann noch darf... Für uns Deutsche ergiebt sich aus Alledem die Aufgabe, verständig und vermittelnd den Dreikaiserbund aufrecht zu halten. Vor der Hand hat unsere Regierung sich verpflichtet, für die Reformvorschläge des Grafen Andrássy einzutreten. An ihnen ist nichts geändert, wenngleich der Thronwechsel am Bosporus die drei Kaiserämter genöthigt hat, der neuen Regierung eine längere Frist zu schenken. Das Andrássy'sche Programm trifft mit sicherer Hand die wunderlichen Flecke in den Zuständen der Monarchie. Auch Deutschlands Ansehen ist dabei bestehig, daß die Pforte die wohlwogenen und mafsvollen Vorschläge nicht wieder, wie so viele andere schon, mit leeren Redensarten abfertigt. Thut sie dies oder erweist sie sich unfähig, ihre Verpflichtungen zu erfüllen, so wird den drei östlichen Kabinetten, wenn sie nicht vor aller Welt lächerlich erscheinen wollen, kaum etwas Anderes übrig bleiben als — weiter zu gehen und ernsthafte Bittgeschäften zu fordern für die Belebung eines anarischen Zustandes, der für alle Nachbarn und vornehmlich für Österreich allmählig unerträglich wird. Daß sie dies in ehrlicher Eintracht thun können, scheint nahezu sicher; die sülle Hoffnung der Franzosen, der englischen Russophoben und der Ultramontane auf den Erfolg des Dreikaiserbundes hat geringe Aussichten, so lange die Republik in Frankreich besteht und die Magyaren die auswärtige Politik Österreichs leiten.

Der Aufsatz schließt mit folgendem Satz: „Die augenblickliche Lage bietet keinen Grund zu schweren Besorgnissen, nur ernstes Anlaß zur Wachsamkeit; denn unversehens kann aus den orientalischen Wirren die Frage sich erheben; ob wir Deutschen gesessen sind, die Erungen schaften des Jahres 1870 zu behaupten. Was wir in solchem Falle zu thun hätten, sagt sich jeder selbst.“

— Die Reihen des preußischen Episkopats lichten sich mehr und mehr. Nach der bekanntlich am 28. d. erfolgten Amtsentsezung

um 12 Uhr eröffnet der Präsident des Herrenhauses Graf Otto zu Stolberg auf Grund einer zwischen den Präsidien wider Häuser getroffenen Vereinbarung, die gemeinsame Sitzung, an

des Erzbischofs von Köln werden demnächst auf den 12 preußischen Bischofssitzen nur noch 5 Bischöfe und zwar die von Auln, Ermland, Hildesheim, Osnabrück und Limburg rechtmäßig amtieren. Fünf Bischöfe, die von Münster und Paderborn, die beiden Erzbischöfe von Köln und Posen-Gnesen, sowie der Fürstbischof von Breslau sind durch Erkenntnis des geistlichen Gerichtshofes ihrer bischöflichen Funktionen entthoben. Zwei Bistümmer, die von Fulda und Trier, sind durch den Tod ihrer Oberhirten verwaist und haben noch nicht wieder besetzt werden können, da betreffs der eventuellen Kandidaten zwischen Regierung und Domkapitel keine Einigung erzielt werden konnte. Die Verhandlungen wegen Wiederbesetzung des trierer Bistums sind noch nicht abgeschlossen. Das betreffende Kapitel soll eine Deputation nach Rom gesandt haben, um die Einwilligung des Papstes zur Wahl eines gemäßigten Bischofs zu erlangen. Seitdem die Regierung die neu gewählten Bischöfe von der Leistung eines Eides abhängig macht, der die Pflichten gegen den Staat genauer präzisiert, wird sich kaum ein Ultramontaner finden, der denselben ohne Gewissensbedenken ablegen kann. Das von dem geistlichen Gerichtshofe gefällte Absetzungsurteil dirkte dem Erzbischof von Köln, der sich schon vor längerer Zeit seiner Verhaftung durch die Flucht zu entziehen wußte und latitirend an der holländischen Grenze weilen soll, kaum unerwartet sein. Ein eigner Zufall ist es, schreibt die „W.-Z.“, daß das Urtheil gerade an dem Vorabende seines Namenstages gefällt wurde, dessen Feier soeben in ultramontanen Blättern angeregt wird.

— Mit Bezug auf die Auslassungen des Prof. Neuleaux über die deutschen Arbeiten auf der Weltausstellung zu Philadelphia schreibt die „N. L. C.“:

Schlechte Arbeit, Mangel an Geschmack, Zurückgebliebensein im Technischen wird den von Deutschland ausgestellten Gegenständen, mit wenigen Ausnahmen, so allgemein vorgeworfen, daß es sich hier nicht nur um einen unglücklichen Zufall, sondern um tieferliegende Ursachen handeln kann. Über die Gründe der heutzutage gelieferten schlechten Arbeit wird in Deutschland schon lange debattirt. Es ist in der That kein Zweifel, daß die sozialistische Agitation den Hauptantheil daran hat. Der also beeinflußte Arbeiter in Deutschland ist nicht mehr mit Lust und Liebe bei der Sache. Er betrachtet den Arbeitgeber als seinen gebornen Feind und seine Stellung im Lohn derselben nur als ein pis aller, das über kurz oder lang der erträumten Neugestaltung der Gesellschaft Platz machen wird. Daz bei solchen Stimmmungen und Anschaunungen die Arbeit mit dem möglichst geringen Interesse, fast widerwillig ausgeführt und darum schlecht wird, kann Niemand Wunder nehmen. Aber ist hier die schwere Schuld der Arbeiter nicht zu verleugnen, so treffen die anderen Vorwürfe in erster Linie die Arbeitgeber, die Unternehmer. Zu welchen Folgen die Unumschränktheit in der Benutzung fremder Muster auf dem Gebiete des Kunstgewerbes geführt hat, haben wir jetzt vor Augen, nämlich zum Beispiel der Kraft, eigene Ideen zu produzieren, ja zur Entartung des Geschmackes. Die bataillonsweise aufmarschirenden Germanien und sonstige patriotische Gestalten sind der betrübendste Beweis für die entseelische Armut in der Erfindung. Wen aber trifft hierfür die Schuld, wenn nicht die Unternehmer, denen zum großen Theil die Aussichten für eigene Muster, für selbstständig schaffende Arbeitskräfte als Verschwendungen gelten? Und auf's Engele damit zusammen hängt das Zurückgebliebensein im Technischen. Wo man gewohnt ist, anderen die Muster nachzubilden, da wird man im Allgemeinen auch auf dem Gebiet der technischen Fortschritte weder Erfindungsgeist noch Initiative zeigen. Das sind Konsequenzen, die sich mit solcher Notwendigkeit ergeben, daß man über die jetzt in Philadelphia beobachteten Resultate kaum erstaunt sein kann. So, wie die Verhältnisse nun einmal liegen, kann man aber die Niederlage als ein Glück bezeichnen, ein Glück insofern, als sie für uns hoffentlich die Bedeutung eines heilsamen Wendepunktes gewinnen wird. Bekanntlich ist in der letzten Reichstagsession ein Musterschutzgesetz zu Stande gebracht worden. Leider scheint die Industrie von den Vortheilen derselben bis jetzt wenig Gebrauch zu machen; es kann aber nicht fehlen, daß dasselbe im Laufe der Zeit auf die Hebung der künstlerischen Erfindungen und die Bildung des Geschmackes einen segensreichen Einfluß üben wird. Nicht minder wird man hoffen dürfen, daß die Anstrengungen, welche zur Hebung der künstlerischen Bildung bei uns gemacht werden, fortan ein allgemeineres Entgegenkommen finden. Eine Industrie aber, deren Inferiorität durch Arbeiter und Arbeitgeber verschuldet ist, noch künstlich gegen die Konkurrenz des Auslands schlägt, hieße die Ursachen der Inferiorität festigen, nicht sie beseitigen.

— Der Umbau des Radisson Palais, welcher einige Zeit geruht hat, ist seit kurzem mit verstärkten Kräften wieder aufgenommen worden. Derselbe wird zum Herbst d. J. fertig gestellt und im November vom Reichskanzler bezogen werden. Fürst Bismarck hat vor seiner Abreise mehrfach mit den Baumeistern konferirt, welche den Bau unter Leitung des kaiserl. Regierungsraths Neumann ausführen und sich mit allen Vorschlägen der Herren einverstanden erklärt. Die Amtswohnung des Reichskanzlers wird in angemessener Weise glänzend ausgestattet und auf die Herstellung würdiger Repräsentationsräume ganz besondere Sorgfalt verwendet.

— Wie man der „B. Z.“ mittheilt, hat der Unglücksfall, welcher jüngst auf dem Artillerie-Schießplatz bei Cunnersdorf vorgekommen, in militärischen Kreisen nicht nur großes Aufsehen erregt, sondern auch manche Bekennner des Dogmas von der Unschuld des Gußstahls in ihrem Glauben wankend gemacht. Bei den von dem Kruppschen Etablissement gelieferten Feldgeschützen ist schon früher wiederholt der Fall eingetreten, daß sich Risse an der Geschützmündung gezeigt haben, deren Ursache man der Konstruktion und dem Fabrikationsverfahren zur Last gelegt hat. In dem in Rede stehenden Falle wird für das Berpringen des Rohres namentlich auch die übermäßige Bulverladung verantwortlich gemacht, eine Ladung von 20 Kilogramm, während das Geschütz nur für eine Ladung von 14 Kilogramm konstruiert war. Eine solche Überladung soll schon bei dem Versuchsschießen seitens der Fabrik stattgefunden haben.

— Die Fraktion der Fortschrittspartei des Abgeordnetenhauses feierte am 28. d. Abend den Abschied von der gegenwärtigen Legislaturperiode durch eine gesellige Zusammensetzung in Hauffmanns „Gerichtslaube.“ Aus den Toasten, an denen der Abend reich war, war wie die „Voss. Ztg.“ bemerkte, deutlich ersichtlich, wie sehr der Führer der Partei, der gleichfalls anwesende Abg. Birchow, mit seiner letzten Rede im Abgeordnetenhaus seinen Fraktionsgenossen aus der Seele gesprochen.“

— Vor dem Oberverwaltungsgericht wurden am Dienstag mehrere interessante Prozesse verhandelt, in denen über die Verpflichtung des Fiskus als Bergwerks- resp. Salinenbesitzer zu Städten und Schöneck zu den Kreisabgaben des Kreises Calbe a. S. abgesehen vom Zuschlag zur Grund- und Gebäudesteuer auch nach Maßgabe einer eingeführten fiktiven Gewerbesteuer beizutragen, entschieden wurde. Das Bezirks-Verwaltungsgericht zu Magdeburg hatte zu Gunsten des Fiskus entschieden. Vor dem Oberverwaltungsgericht erschien am Dienstag für den Kreisausschuß zu Calbe a. S. Justizrat Lasse von hier, für den Fiskus ein Mitglied des Oberbergamts zu Halle. Das Oberverwaltungsgericht erkannte nach langer Beratung auf Grund der §§ 10 und 14 der Kreisordnung abändernd zu Gunsten des Kreisausschusses und erklärte die Herausziehung des Fiskus auch nach Maßgabe einer fiktiven Gewerbesteuer für gerechtfertigt.

— In § 57 der Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869 werden die Fälle aufgezählt, in denen die Erheilung des Legitimationscheines zum Gewerbebetrieb im Umberziehen versagt werden darf. Nach den Bestimmungen dieser Gesetzesstelle kann der Legitimationsschein nur auf zwei Jahre vorenthalten werden, wenn der In-

haber desselben wegen gewisser strafbarer Handlungen (gegen Eigentum, Sittlichkeit, öffentliche Sicherheit u. s. w.) bestraft worden ist. Nach den Erfahrungen, welche seit dem Bestehen dieser Vorschrift gemacht worden sind, ist die Zahl strafbarer Handlungen im Zunehmen begriffen, welche von solchen Personen verübt werden, die als Muster, Drahtbinder, Equilibristen, Thierführer u. s. w. im Lande umherziehen. Es ist deshalb in Erwägung gezogen worden, ob auf eine Änderung der oben mitgetheilten Bestimmung im Wege der Gesetzgebung hinzuwirken sei. Zu vor aber soll zuverlässiges statistisches Material über diese Frage gesammelt werden. Zu diesem Zwecke hat der Justizminister die Führung von Listen angeordnet, in welche vor kommenden Tagen die Vorbelehrungen, namentlich die leste Vorbelehrung, der Zeitpunkt ihrer Verbüffung, die Zeit, zu welcher der Legitimationsschein ertheilt wurde, und die Behörde, welche ihn ertheilte, einzutragen sind. Über das Gesamtergebnis ist Anfangs des fünfjährigen Jahres Bericht zu erstatten.

— Das „N. V. Tgl.“ schreibt: Man wird sich erinnern, daß gegen Ende vorigen Jahres im Circus Salomonis bei der ersten Vorstellung der ungarischen Hetzjagd ein Zuschauer schwer verletzt wurde. Der Verwundete — ein einjährig Freiwilliger — ist noch heute nicht wieder hergestellt und befindet sich auf Anrathen der Aerzte, welche die schmerhaftesten Kuren mit ihm vorgenommen haben, zur Zeit in Wiesbaden. Da nun ein ganz ähnlicher Fall aus Hamburg gemeldet wird, hat der Polizei-Präsident v. Madai guten Vernehmen nach angeordnet, daß Schaustellungen, bei denen die geringste Gefahr für die Zuschauer zu befürchten ist, in Berlin überhaupt nicht mehr zugelassen werden sollen.

G. Breslau, 30. Juni. Heute feiert der Nestor der preußischen Militärverwaltung, Wirkliche Geh. Kriegsrath u. Militär-Intendant des VI. Armeecorps Freih. v. Funck sein 50jähriges Dienstjubiläum. Dem Jubilar wurde früh von der Kapelle des Grenadr.-Regt. Nr. 11 eine Morgenmusik dargebracht. Um 11 Uhr statteten denselben die Mitglieder und Beamten der Intendantur VI. Corps, denen sich Deputationen und einzelne Beamten anderer Intendanturen u.c. anschlossen hatten, ihre Glückwünsche ab. Das Festkomitee überreichte als Ehrengeschenk eine kostbare Denkmäler und ein Album in dunkelblauem Sammet und Silberverzierung mit den Photographien der Mitglieder und Beamten, welche mit und unter dem Jubilar gearbeitet haben. Die Denkmäler aus der Fabrik der Hof-Juweliere Sy u. Wagner in Berlin hervorgegangen, besteht aus einem schwarzen Marmorwürfel der auf mehreren Stufen von gleichem Material ruht. Auf dem Würfel befindet sich ein silbernes Felsstück, aus dem sich ein Baumstamm erhebt, an dem sich die Figur des Kaisers lehnt. An beiden Seiten des Würfels befinden sich die silbernen Reliefsbilder Friedrich Wilhelm III. und Friedrich Wilhelm IV., mithin die Bildnisse der 3 Monarchen unter denen der Jubilar gedient. Die hintere Seite des Würfels trägt auf einem Silberschild das Datum des Diensteintritts: 30. Juni 1826 und auf der Vorderseite ist auf kunstvoll gearbeiteten Silberschilden eingerahmt von einem goldenen Lorbeerkrone die Widmung angebracht. — Die Lokal-Verwaltungsbeamten des VI. Corps überreichten ihrem Chef einen kostbaren silbernen Tafelaufsatz. Seitens des Generalkommandos war der kommandirende General von Tümpling mit seinem Stabe erschienen. Außerdem statteten die Spitäler der Behörden theils persönlich theils mündlich ihre Glückwünsche ab. Von sämtlichen auswärtigen Intendanturen waren Gratulationsadressen eingegangen; außerdem von vielen dem Jubilar nahestehenden Personen theilweise mit kostbaren Geschenken. Vom I. Gard-, I. und III. Armeecorps waren besondere Adressen eingefasst, d. des I. Corps zierten die Wappen der Städte Breslau und Königsberg in Preußen und die der Familie von Tund, die des III. Corps befindet sich in einem prachtvollen Album von sultanothrem Sammet mit Silberverzierung. Nachmittag 4 Uhr wird in der Domloge ein Festessen stattfinden. — Vom Kaiser ist dem Jubilar der Rote Adlerorden 2. Klasse verliehen worden.

Paris, 27. Juni. Das von dem extrem demokratischen Journal „Droits de l'homme“ angeregte und von anderen republikanischen Blättern akzeptierte Projekt einer in Paris während der Weltausstellung von 1878 zu veranstaltenden Voltaire-Rousseau-Feier hat Garibaldi's vollen Beifall gefunden. Der alte Haudenay, der mit einem kindlich naiven Utopismus einen glühenden Haß gegen das Papstthum und die Geistlichkeit verbindet, hat an die Redaktion der „Droits de l'homme“ folgendes Schreiben gerichtet:

Caprera, 12. Juli 1876. Werther Herr! Voltaire und Rousseau, das ist die Synthesis des wahren Frankreichs, jenes Frankreichs, welches die Menschenrechte verkündet hat und an der Spitze des menschlichen Fortschrittes steht. Wenn die beiden großen Philosophen, wahre Granithäuser des Weltgeistes, ihren monumentalen Platz auf den Trümmern der schwarzen Brüder, die sich die Diener Gottes nennen und Ihr schönes Vaterland seit so langer Zeit heimsuchen, eingenommen haben werden, dann erst wird die Welt die Bahn einschlagen, die zur Befreiung und Verbrüderung der Völker führt. Ich danke Ihnen also, mir einen Platz unter denjenigen angewiesen zu haben, welche das hundertjährige Fest Voltaire's und Rousseau's zu feiern gedenken.

Ihr ergebener G. Garibaldi.

Die Begeisterung, welche Garibaldi für die Säkularfeier des Todesstages der beiden großen Schriftsteller an den Tag legt, ist übrigens selbst innerhalb Frankreichs im demokratischen Lager keineswegs ganz allgemein. Ein Pfeisorgan der äußersten Linken erklärte kürzlich, daß ein solcher Kultus des einzelnen Individiums den demokratischen Prinzipien zuwiderlaue; ob man einen St. Georg, einen St. Paul, einen St. Louis oder aber einen St. Voltaire, St. Rousseau und St. Danton als Heiligen auf den Altar erhebe, sei im Grunde ganz dasselbe. An der Vergötterung der Person könne eine wirklich demokratisch erzeugte Nation keinen Gefallen finden; sie dürfe sich nicht durch prunkhafte Feste und hochtönende Phrasen blenden und von ihrer wahren Aufgabe abziehen lassen u. s. w. — In Bezug auf die Situation in Frankreich gegenüber den Ereignissen im Orient verdient bemerkt zu werden, daß fast alle Franzosen sich gegen die Befreiung Frankreichs an dem Kriege, falls derselbe ausbrechen sollte, aussprechen, aber doch zugleich dafür sind, daß, wenn Russland mit Deutschland sich überwerfen sollte, Frankreich ihm zur Seite stehen müsse. Sie wollen den Frieden, aber sie wollen ihn nur so lange, bis sie ihn auf Unkosten Deutschlands brechen können. Die Spekulation ist indessen sehr fadenscheinig. Lebzigenscheint in den Handelskreisen, wo nach dem Kriege eine so große Feindschaft gegen Deutschland herrschte, in der letzten Zeit eine mildere Stimmung Raum gefunden zu haben. So ist gestern der bekannte Großhändler Reiche in den Corcile commercial (Place du Louvre) wieder aufgetreten worden. Derselbe war, wie alle anderen Deutschen, nach dem Kriege von der Liste des „Cercle“, wo Morgens die Produktenträger abgehalten wurde, gestrichen worden.

Konstantinopel. Über die trübe Physiognomie Stambuls wird der „Polit. Kor.“ von ihrem hiesigen Spezialkorrespondenten unter dem 23. Folgendes berichtet:

Der Tag der Investitur des Sultans oder der sogenannten Ceremonie der Schwertumgürting ist noch immer offiziell nicht festgelegt. Diese Verzögerung hängt mit der Reformfrage oder, wie man hier jetzt zu sagen beliebt, mit der Verfassungsangelegenheit eng zusammen. Die Ceremonie der Schwertumgürting vertritt hier die Stelle der Krönung oder Salbung des Padischabs. Gewöhnlich hat sie acht, längstens zehn Tage nach der Thronbesteigung des neuen Sultans stattgefunden. Zum ersten Male hat sie sich bei dem jetzigen Anlaß verzögert. Die wahre Ursache der Verzögerung ist, daß Sultan Murad am Tage der Schwertumgürting das neue Verwaltungsregime, das liberale konstitutionelle Regime, zu verkünden wünscht. Man zweift, daß er dies werde thun können. Die Minister sind in dieser Beziehung uneinig und das muslimänische Publikum, mit Ausnahme einer sehr kleinen Fraktion, findet die konstitutionellen Ideen des Sultans und der Partisanen des neuen Regimes gar nicht nach seinem Geschmacke. Der Mohamedaner, möge man sagen was man will, wird niemals einwilligen, aufrechtig die Autorität auf dem Fuge vollkommenen Gleichheit mit den Christen zu teilen. Der Großvizepräsident Mehmed Asch'ad Pascha ist dieser Meinung. Er, ein gemäßigter Konföderat, begreift die Notwendigkeit einer Änderung des Verwaltungssystems auf liberalen Grundlagen, aber er erachtet es für gefährlich, in der Türkei das Repräsentativsystem in der wahren Bedeutung des Ausdrucks einzuführen. Er sagt von sich selbst, daß wenn er das Land nicht zum Fortschritte bringt, so werde er es auch nicht rücksichtigen lassen. Die Mehrzahl der anderen Minister schließt sich seinen Anschauungen an. Midhat Pascha macht eine Ausnahme. Er ist der Chef und Bannenträger der liberalen Partei; aber diese Partei zählt unter den eigentlichen Türken wenig Anhänger. Zu diesen Anhängern zählen die Adepten der sogenannten „Jungen Türkei“ und die Majorität der Körperschaft der Softas. Auf diese letzteren ist jedoch nicht allzu sehr zu zählen. Der Erfolg ihrer ersten Kundgebung hat ihnen einen gewissen Nimbus verliehen, der aber bereits zu verblasen beginnt. Es kommt übrigens gar nicht anders kommen. Man hat in völliger Unkenntnis der hiesigen Verhältnisse glauben gemacht, daß die Softas in der Türkei auf Grund ihrer umfassenden Kenntnisse und Gelehrsamkeit die liberalste Partei in der Türkei bilden. Man hat sie als die Retter des Reiches ausposaunt; wer da aber weiß, wie eng begrenzt der Kreis des Wissens dieser Leute ist, wird alsbald zu anderen Anschaunungen gelangen. Nach dem ihnen gelungenen Sturze des früheren Großvizepräsidenten Scheit-ul-Islam haben sie sich um Midhat Pascha geschart und eine Verfassung verlangt. Sie wußten absolut nicht, was dieser Begriff bedeutet. Erst als über diese Anregung sich Licht zu verbreiten begann und das Organ der echt türkischen Partei, das Journal „Bozstrel“ eine Artikelreihe gegen die Verfassungsprojekte veröffentlichte, begannen die Softas zu erkennen, um was es sich handle. Der türkische Nationalismus kam zum Wiederwachen. Heute ist die liberale Glut der Softas bedeutend abgeflöhlt. Sie wagen zwar noch nicht, Midhat Pascha ihr Ideal letzten Datums, zu verläugnen, sie haben aber schon längst aufgehört, für ihn so zu schwärmen, wie in den ersten Tagen ihrer Bewegung. Sie halten zwar ihre Forderung nach einem konstitutionellen Regime aufrecht, stellen aber eine Bedingung. Das neue System, sagen sie, müsse auf dem Cherli, dem gebildeten Geiste der Muselmänner, begründet sein. Der kaiserliche Hat hat auch nichts anderes in Aussicht gestellt. Somit sind über diesen Punkt alle Türken einig, mit alleiniger Ausnahme Midhat Pascha's und seiner wenigen Anhänger.

Unter der von allen Türken verlangten Bedingung ist eine Verfassung unmöglich, ausgenommen, daß man die Christen von den Rechten derselben ausschließen wollte. Der Cherli, welcher die Basis der Konstitution bilden soll, läßt die Gleichheit zwischen den Gläubigen und den Christen in keinerlei Weise zu. Der einzige Vortheil, welchen er den Letzteren zugesetzt, ist das Recht, an den Schuh des Moslems zu appelliren, vorausgesetzt, daß er ihm die Steuer bezahlt habe. Das ist aber auch Alles. Was das Prinzip der Gleichheit der Lasten und der Rechte anbelangt, so ist dies ein Gedanke, welcher in einem muselmännischen Kopfe nie Eingang findet. Neben mir wird wiederholt feierlich verkündet hat, so ist doch die Zeugenstaff eines Christen in einem Kriminalprozeß zwischen Türken und Christen niemals gültig. Zur Verurtheilung eines muselmännischen Mörders oder Totschlägers ist die Zeugenschaft eines Muselmannes unerlässlich. Ohne diese giebt es keine Verurtheilung. Ganz dasselbe ist auch in der Zivilprozedur der Fall. In Konstantinopel auf dem Platz Bahazid giebt es mehrere Cafés, deren Besucher kein anderes Metier betreiben, als das der bezahlten Zeugenaussage. Allemal, wenn ein Christ einen Prozeß vor dem Mehmeds (Gericht des Cherli) hat, begiebt er sich in eines dieser Cafés und aquirirt mittelst einer Vergütung von 10, 20 oder 50 Piaster, je nach der Bedeutung der Angelegenheit, seinen muselmännischen Zeugen. Diese Thatache wird in Europa unvierscheinlich klingen, und doch ist sie das allein Wahre. Dies ist aber das Geist des Cherli und auf dieses Grundgesetz soll und muß das neue Regime basirt werden, wenn sich Sultan Murad und seine Minister das wirklich türkische Element nicht entfremden wollen. Man wird nun die Verzögerung verstehen, welche die Verkündigung der neuen türkischen Charta anhaltend erfährt. Der Ministermord hat die Verhaftung von Offizieren, türkischen Notabeln und Offizieren zur Folge gehabt. Andere Offiziere, welche als Adjutanten des verstorbenen Sultans und seiner Söhne fungirt haben, wurden von Konstantinopel entfernt. Die Mehrzahl der Stambuler Quartiere befindet sich fast im Belagerungsstande. Dolma-Bagdsche wird Tag und Nacht von starken Militär-Abteilungen bewacht, der Sultan selbst verläßt seine Residenz Yildiz Kiosk nicht. Er hat Unrecht, seine Furcht zu schau zu tragen. Im Übrigen ist es richtig, daß hier eine große Agitation herrscht. Es wurden in den Straßen in mehreren Sprachen abgefaßte Plakate affichiert vorgefunden, in welchen die Christen aufgefordert wurden, über eine heute stattfindende Kundgebung, welche keineswegs gegen sie gerichtet ist, nicht zu erscheinen. Allgemein glaubt man, daß man es mit bezahlten Manövern zu thun habe, welche in diplomatischen Kanzleien ihren Ursprung finden.

Der Großvizepräsident hat an die Bewohner der Türkei eine Proklamation verkündet, welche nach dem „Pester Lloyd“ folgenden Wortlaut hat:

Muselmänner und Christen!

Ihr wisst Alle, daß in dieser Welt Diejenigen, welche in Freiheit zu leben wünschen, vor Allem dahin wirken müssen, die Sicherheit zu erhalten und die Interessen des Vaterlandes zu wahren. Die öffentliche Wohlfahrt ist unmöglich, ohne die Sicherheit des Vaterlandes, und da, wo es keine öffentliche Wohlfahrt giebt, ist auch die Sicherheit und der Wohlstand des Einzelnen unmöglich. Die öffentliche Wohlfahrt ist aber nur zu erreichen durch die aufrichtige Einigkeit der sämtlichen Einwohner und diese Einigkeit hat zur Voraussetzung den vollständigen Abgang jedes Hasses und jeder Leidenschaftlichkeit zwischen den Individuen, die in demselben Vaterlande geboren exponiert sind, und die gegen einander nur die Gefühle der Menschlichkeit und der Billigkeit hegeln. Ihr, Muselmänner und Bulgaren, die ihr bisher vereint für die Wohlfahrt des Vaterlandes gearbeitet habt und Euch bisher in so voller Eintracht befinden habt, daß Ihr für alle Nationen ein Gegenstand des Reides wart. Unglücklicherweise ist es einer handvoll von Unruhestiftern gelungen, die in dem allgemeinen Unglück ihre persönlichen eigenmächtigen Zwecke verfolgen, zwischen Euch den Samen der Zwietracht zu streuen, Euer Land in eine Wüste zu verwandeln und Christen wie Muselmänner gleich sehr zu schädigen. Ihr habt ja erfahren, welches Unheil sie unter Euch gestiftet haben. Es ist wahr, daß einige Unverständige, unfähig, das Gute vom Bösen zu unterscheiden, jener Revolte beigetreten sind oder gewaltfam derselben zugeführt wurden. In Folge dessen sind ohne jeden Grund und gegen alle Gerechtigkeit Ströme Blutes

geslossen und hattet Ihr die größten Vermüttungen zu ertragen. Allein, Dank der Gnade Gottes und Eurer Einsicht, konnte das Unheil be schworen und die Einigkeit in Eurem Vaterland wieder hergestellt werden. Es ist unsere Pflicht, den Schleier der Vergessenheit zu werfen über alle Ereignisse der jüngsten Zeit, schweigen zu lassen die Leidenschaften und Rachegefühle, um mit voller Sicherheit die Einigkeit zwischen Muselmanen und Bulgaren wieder herzustellen, wie sie seit Jahrhunderten existierte, denn die Ideen und Wünsche, die Se hoffe aussprach, als sie den kaiserlichen Thron bestieg, sind auf die Entwicklung der Freiheit, der Sicherheit des Wohlstandes der Unterthanen aller Klassen und Rassen, auf das Glück und die Ruhe des Landes gerichtet. Er hat zwecklos befohlen, Gefandte zu ernennen, die beauftragt sind, Euch seinen kaiserlichen Willen kundzutun und Euch den Rath zu erteilen, sich mit dem Ackerbau, dem Handel zu beschäftigen und für das Wohl Eurer Gegend zu sorgen. Niemand kann in Abrede stellen, daß diese Rathschläge in Übereinstimmung sind mit den göttlichen Befehlen des allerhöchsten Schöpfers und des Gebieters unser Aller. Ihr werdet demnach dieselben mit den Ohren Eurer Seele vernehmen, die Liebe des Sultans für Euch und die Vorstellungen, die er an Euch richtet, nach Gebühr würdigen und bedenken, daß Ihr Alle, Muselmanen und Christen, die Ihr die Kinder desselben Vaterlandes und die treuen Unterthanen eines Sultans seid, vereint für das Interesse Eures Landes arbeiten müsstet und den Machinationen von Intriganten keinen Glauben schenken dürftet, sondern standhaft bleiben sollet in Euren Arbeiten, indem Ihr für den Sultan betet. Ich hoffe, daß Ihr diese Rathschläge mit Offenheit entgegennahmet und Euch bemühen werdet, Eure Loyalität und Vaterlandsliebe zu zeigen.

An die Aufständischen in der Herzegowina haben die Führer folgende Instruktion erlassen:

1) Es ist die heilige Pflicht der Führer, nach bestem Wissen und Gewissen ihre Anordnungen zu treffen, stets im Einverständnisse mit den übrigen Führern zu handeln und nichts außer Acht zu lassen, was zur Kräftigung und Ausdauer des Auftrages beitragen kann. 2) Nach Erhalt dieses Befehls ist jeder Führer verpflichtet, über die ihm unterstehende Truppe eine strenge Musterung zu halten und jeden wehrfähigen Hergewonnener zur Kriegsdienstleistung anzuhalten. Über die Greise, Kinder, furs über die Wehrsfähigkeit ist ein Verzeichnis anzulegen und dieses dem Sekretär des Kriegskomites einzufinden. 3) Die Wehrsfähigen sind in Tschetas zu hundert und diese womöglich zu Bataillonen zu vereinigen. 4) Innerhalb der Tschetas und Bataillone ist die strengste Disziplin zu halten und kein "Ustasch" darf bei Todesstrafe seine Abteilung verlassen. 5) Der Kommandant einer Tscheta oder eines Bataillons hat innerhalb seines Bezirkes alle Kämpfe gegen den Feind anzuordnen. Größere Operationen werden von der Zentralleitung angebefohlen werden. 6) Den Führern wird Ehrlichkeit, Tapferkeit, wie Aufrechterhaltung der strengsten Ordnung in ihrer Truppe zur Pflicht gemacht. 7) Zu Wachen und Vorposten sind nur die sturzfesten, tapfersten und verlässlichsten Leute zu benutzen. Dieselben haben bei ihrem Kopfe nur die Wahrheit an ihre Kommandanten zu melden. 8) Den Führern wird zur Pflicht gemacht, mit möglichster Schwere der Streitkräfte, wie des Eigentums der Christen ihre Anordnungen zu treffen, dagegen dem Feinde jeden erdenklichen Schaden zuzufügen. 9) Häuser dürfen nur in dem Falle, wenn sich der Feind darin aufhält und nicht ergeben will, in Brand gesteckt werden. Das Leben der Feindlichen muß, wenn sie sich ergeben, geschont werden. 10) Den Satzungen der christlichen Religion gemäß wird das Köpfen des Feindes auf das Strengste untersagt. Für die Einhaltung dieses Verbots werden die Führer Tschetas ganz besonders verantwortlich gemacht. 11) Die wahren "Junaci" (Helden) werden sich niemals durch Grausamkeiten, sondern durch Tapferkeit, einträchtiges Vorgehen und Erfüllung ihrer Pflichten hervorhun. 12) Jede gemachte Beute an Nahrungsmitteln ist während des Krieges an den Führer der Tschetas, das Geld an die Haupt-Administration abzuführen, welche dann für die Ernährung und Bekleidung der Aufständischen sorgen wird. Sonstige erbeutete Gegenstände sind zu veräußern und der Erlös dafür ist unter die Mannschaft zu verteilen. 13) Jede aus dem Hauptlager zu selbstständiger Operation ausgesendete Truppe hat das Recht, aus den erbeuteten Gegenständen für ihre Nahrung, wie für ihr Fortkommen zu sorgen. 14) Jede eignenmäßige Plünderung oder Verbeimischung erbeuteten Gutes wird mit dem Tode bestraft. 15) Jeder Kommandant, Unter-Kommandant und Offizier hat für den Bezugsort und die Fortschaffung des Proviants für die ihm unterstehende Truppe zu sorgen. 16) Für die strenge Erfüllung der hiermit ausgegebenen Instruktion werden die Kommandanten verantwortlich gemacht. Jeder Daniederhandelnde ist binnen zwei Tagen vor ein Kriegsgericht zu stellen und nach der Schwere seines Verbrechens auf das Strengste zu bestrafen.

Die 17 Führer der Herzegowina:

Von Bogdan Simontes, Von Pero Radovics, Von Ivan Musics, Lazar Sotchiza, Simo Bacovics, Trifko Bufalovics, Archimandrit Burovics, Gregor Miljevic, Peto Pavlovics, Zverko Bobics, Georg Bichnies, Tomo Tomashevics, Mischka Gucine, Luka Petkovics, Batko Misunovic, Nikolaus Grigorovics, Mire Gagovics.

## Bierste Versammlung des deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege.

(Nachdruck verboten.)

(Fr.) Düsseldorf, 29. Juni.

I.

Eine höchst respektable Versammlung war es, die heute Vormittag gegen 8½ Uhr im "Rittersaal" der städtischen Tonhalle von dem Vorsitzenden des ständigen Vereins-Ausschusses, Geh. Medizinal-Rath Dr. Günther (Dresden) eröffnet wurde. Es waren ca. 150 Mitglieder aus allen Theilen Deutschlands (inkl. Elsass und Lothringen), Österreichs und der Schweiz anwesend. Von distinguierten Persönlichkeiten bemerkte ich: die Herren Stadtbaurath Hobrecht, Professor Dr. Alexander Müller, Ober-Stabsarzt Dr. Börner und Dr. Moritz Löwinski (Berlin), Geh. Regierungsrath Oberbürgermeister v. Witten (Danzig), Oberbürgermeister Dr. Erhardt (München), Regierungs- und Medizinalrath Dr. Wasserfuhr (Stralsburg i. E.), Regierungs- und Medizinalrath Dr. Bistor (Oppeln), Prof. Dr. Reclam (Leipzig), Oberbürgermeister Jäger (Elberfeld), Geh. Sanitätsrat Dr. Barrentrop (Frankfurt a. M.) u. A. m.

Im Auftrage des preußischen Ministeriums des Innern wohnte Regierungsrath Goltz (Berlin) der Versammlung bei. Dem zunächst erstatteten Geschäftsberichte aufs folgt zählt der Verein gegenwärtig 719 Mitglieder. Nachdem alsdann Oberbürgermeister Hammars (Düsseldorf) Namens der hiesigen städtischen Behörden und Bürgerschaft und der Vorsitzende des Niederrheinischen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege Dr. Graf (Elberfeld), Namens dieses Vereins die Versammlung begrüßt, wurde Oberbürgermeister Dr. Erhardt (München) zum Vorsitzenden gewählt.

Ober-Stabsarzt Dr. Börner (Berlin) referierte alsdann in eingehender Weise über: "die öffentliche Gesundheitspflege seit der letzten Versammlung dieses Vereins". Auf dem Gebiete der öffentlichen Gesundheitspflege, die, insbesondere in Folge der großen Vervollkommenung der Kommunikationsmittel, eine internationale Angelegenheit im eminentesten Sinne des Wortes sei — so ungefähr führte der Redner aus — seien sehr viele gute Resultate im Laufe des letzten Vereinsjahres zu verzeichnen gewesen. Allein dem Hygieniker gewähren alle diese Resultate noch bei Weitem keine volle Befriedigung. Die Cholera, die im vergangenen Winter in Syrien, und der alte Feind Europas, die Pest-Bulen-Epidemie, die zu gleicher Zeit in Mesopotamien gewütet, mahnen Europa aufs Neue; in der Thätigkeit auf dem Gebiete der öffentlichen Gesundheitspflege nicht einen Augenblick zu rasten. Leider finde der Grundfaß, daß Quarantänen feinerlei Präferenz gegen Epidemien gewähren, noch nicht allgemeine Anerkennung. Die Morbiditätsstatistik die Anzeigepflicht der Ärzte, die obligatorische Leichenhau, und die Desinfektion der Eisenbahn-Waggons harren

leider noch der gesetzlichen Realisierung. Als Erfolge auf dem Gebiete der Gesundheits-Gesetzgebung sei das Impfgesetz und die Errichtung eines deutschen Reichs-Gesundheitsamtes hervorzuheben. Ob die Kompetenzen der letzteren Institution hinlänglich seien, müsse die Zukunft lehren. Sache des deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege werde es sein: für die etwa notwendig werdende Kompetenz-Erweiterung dieser Behörde zu wirken. Ein sehr bedeutender Fortschritt sei auf dem Gebiete des Veterinärwesens zu verzeichnen. Dieser letztere Umstand dokumentire aufs Neue, daß der Werth des Thieres höher, als der des Menschen angesehen werde.

Auch die Fabrik-Fortschritte habe, wenn auch nur einen kleinen Fortschritt gemacht. Leider habe auf diesem Gebiete die Hygiene fast gar keine Berücksichtigung gefunden. Die Beschaffenheit der Arbeitsräume, die Beschaffenheit des Arbeits-Materials etc., die Dauer der Arbeitszeit mit Rücksicht auf die Gesundheit der Arbeiter entziehe sich leider noch gänzlich der Untersuchung der Fabrik-Inspektoren. Aufgabe des gegenwärtigen Vereins werde es sein, auch in dieser Beziehung verbessern zu wirken. Erfreuliche hygienische Fortschritte seien in Folge der neuen Kreisordnung gemacht worden. Auch die Schulbehörden haben sich in den letzten Jahren wesentliche Verdienste um die Hygiene erworben, obgleich deren diesbezügliche Bemühungen bei unveränderten Eltern nur zu oft auf Widerstand gestoßen seien. Ein solches Vorurtheil sei u. A. von der jüngsten Magern-Epidemie in Breslau zu berichten, wo die Eltern gegen Schließung der Schulen als angebliche Störung ihrer Familien-Ruhe protestierten. (Heiterkeit.) Das die obligatorische Fleischzehrung noch immer der gesetzlichen Realisierung harre, sei höchst bedauerlich.

Es müsse ausgeprochen werden, daß England in sanitärer Beziehung allen anderen Ländern voraus sei. Die neueste Fabrik-Gesetzgebung in der Schweiz, insbesondere die Verminderung der Arbeitszeit in den dortigen Fabriken sei als ein sehr wesentlicher Fortschritt auf dem Gebiete der Hygiene zu verzeichnen. Es sei nur zu wünschen, daß — wie dies an anderen Orten vorgekommen — der Genuss des Alkohols nicht in dem Maße zunehme, wie die Arbeitszeit abnehme. Die hygienischen Anforderungen an die Bauordnung die die vorjährige Versammlung des deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege aufgestellt, haben bei den meisten deutschen Behörden die grösste Beachtung gefunden. So habe das Polizei-Präsidium in Berlin die Verordnung erlassen, daß bei Neubauten Kellerwohnungen nicht mehr zugelassen seien. Eine der grössten sanitären Errungenchaften sei die Kanalisation der großen Städte. Auch bezüglich des Schlachtzwanges in öffentlichen Schlachthäusern und betrifft der Bauart und der Einrichtung von öffentlichen Krankenhäusern seien günstige Resultate zu berichten. Zum Schlusse müsse er (Medner) noch bemerken, daß die deutsche Preise sich der öffentlichen Gesundheitspflege gegenüber fast durchgängig passiv verhalte. (?) (Lebhafter Beifall.)

Eine sehr lange, lebhafte Debatte veranlaßte alsdann das Thema: "Die technischen Gesichtspunkte, für welche die Unschädlichkeit und Ausnützung des städtischen Kanalwassers in sanitärer, landwirtschaftlicher und national ökonomischer Beziehung maßgebend sein müssen." (Referent: Prof. Dr. Dünkelberg (Boppelsdorf) und Korreferent: Ingenieur Bürkli-Ziegler (Zürich).) Bezuglich dieser Angelegenheit wurden folgende Thesen zum Beiflasse erhoben: 1. "Die direkte Ableitung des städtischen Kanalwassers in stielende Gewässer ist, sei es, daß sämtliche menschlichen Exkrete in dasselbe gelangen oder nicht, in der Regel aus sanitären Gründen bedenklich. Wie weit dieselbe nach der Wassermenge, Geschwindigkeit, geologischer Beschaffenheit der Flüsse etc. zu gestalten sei, sollte möglichst durch exakte, gezielte Normen festgestellt werden. Zur Vorbereitung der legiteren beantragt der Verein für öffentliche Gesundheitspflege beim Reichskanzleramt: System-Untersuchungen in den deutschen Flüssen. Immer aber ist diese Einleitung als ein volkswirtschaftlicher Nachteil zu kennzeichnen.

2. Die Verteilung geeigneter, mit Kulturstämmen bestandener Ländereien ist eine rationale Anwendung technisch richtigiger Prinzipien vorausgelegt, erfahrungsgemäß das einfachste und durchschlagendste Mittel, das Kanalwasser sanitär unschädlich zu machen und es gleichzeitig zu Gunsten der Interessenten landwirtschaftlich in befriedigendem Maße auszunützen.

3. Bei der öfters vorliegenden Schwierigkeit der Erwerbung eines Rießeldes in passender Lage der Stadt erwähnt den Regierungen, welche die Städte mit der Obhut für die sanitären Interessen beladen, gleichzeitig die Verpflichtung, denselben auch das Exportoprärationssrecht für die erforderlichen Maßnahmen so weit als nötig zu gewähren." Damit schloß die heutige Versammlung gegen 2 Uhr Nachmittags.

## Lokales und Provinzielles.

Posen 1. Juli.

— Die Begräbnissfeier des verstorbenen Grafen Eduard Sienanna Potworowski fand am 28. v. M. unter zahlreicher Beethilfung des polnischen Adels und der Landleute zu Deutsch-Presse (Kr. Kosten) dem Gute des Verstorbenen statt. Die Leichrede hielt der reformierte Prediger Otto aus Warschau, der dem liberalen "Dienst" auf folge in polnischer Sprache eine ergriffende Rede hielt, die auf die Versammlung einen großen Eindruck machte. Nach der Gedächtnisrede wurde die Leiche auf einen Wagen gestellt, um nach Pissa überführt zu werden. Bis zur Grenze des Gutes Deutsch-Presse folgte ihr ein zahlreiches Geleite; dort angelangt, hielt der Prediger Otto nochmals eine Ansprache und dankte den Anwohner für ihre Theilnahme. Die Orden des Verstorbenen trug Herr Joseph v. Myslinski aus Kobylepole, ein Veteran und Waffengesetzter des Grafen Potworowsky.

Bromberg. 30. Juni. [Konferenz Sommertheater.] Gestern fand hier eine gemeinsame Konferenz statt beabsichtigt Beratung über die Förderung und Erneuerung von Ostbahnenbeamten nach dem Etat pro 1876. In derselben nahmen auch die Vorsitzenden der Eisenbahnkommissionen Theil. — Am nächsten Sonntag findet hier im neu eingerichteten Sommer-Theater des Schützenhauses die erste Aufführung der Gesellschaft des Herrn Theater-Direktors Schön statt. (Br. B.)

Juin 28. Juni. [Hagel. Cratéau sichtet.] Am 25. d. M. Nachmittags 3 Uhr entlud sich über der Feldmark Bialowice ein Gewitter, welches von starkem Hagel begleitet wurde. Die Hagelschläge waren sehr groß und lagen noch eine Stunde nach dem Gewitter handdic auf dem Rasen. Der vom Hagel betroffene Strich ist nur wenige hundert Schritte breit und nicht sehr beschädigt, da der Wind nur mäßig war. Der Hagelschauer wendete sich in südwestlicher Richtung dem Kreise Mogilno zu. — Die fortlaufende Witterung hat an der ganzen Sommerung Wunder gethan. Alle Getreidearten stehen gut. Die ersten Klee- und Wiesenfrüchte sind wegen des kalten Mai nur mittelmäßig aus, die Nachfritte versprechen aber viel.

## Staats- und Volkswirtschaft.

\*\* Berlin, 30. Juni. An der Börse verlautete, daß die Etablissemens der "Flora" in Charlottenburg heute Vormittag wegen stattgehabter Annahme des Konkurses (die übrigens seit einigen Tagen schon erwartet wurde) gerichtsfeindlich geschlossen worden seien.

\*\* Usance. Bei allen Geschäften in sächsischer 3 p.C. Rente, welche per Erreichen gehandelt sind, werden die Zinsen vom 30. Juni c. gerechnet — bei Geschäften jedoch vom Eröffnungstage ab (4. Juli) werden Zinsen vom 1. Juli resp. 1. Januar gerechnet.

\*\* Berlin, 30. Juni. [Neue Preußische Anleihe.] Wir deuten gestern bereits an, daß in einer gestern stattgehabten Sitzung des Finanzkonsortiums für die neuen 4prozentigen Preußischen Staats-Schuld-Obligationen die Festlegung des Subscriptions-Termins nochmals einer Erörterung unterzogen wurde. Nach eingehender Besprechung aller einschlägigen Verhältnisse beschloß man, einfach bei dem 1. Auge gefärbten Subscriptions-Termin vom 6. und 7. Juli zu verbleiben, weil man einerseits die Überzeugung hat, daß durch

die Ereignisse in der Türkei, selbst wenn sich dieselben weiter entwickeln sollten, unsere heimischen Verhältnisse kaum in beeindruckender Weise berührt werden würden, vor Allem aber auch, weil in den nächsten Tagen so kolossale Summen zur Rückzahlung gelangen und nach einer soliden Anlage suchen (wir erwähnen, daß zum Beispiel die Magdeburg-Halberstädter Eisenbahn allein morgen von der Regierung 30 Millionen M. ausgeschüttet erhält), daß sich hierdurch der günstige Erfolg der Subskription sicher gestellt erscheint. Die 4prozentige Preußische Anleihe wird zu dem verhältnismäßig billigen Course von 97 p.C. zur Subskription angelegt (B. B. B.)

\*\* Berlin, 30. Juni. [Stempelprozeß.] Die gesammte bessigkeits-Gesetzgebung steht mit Spannung dem Verlauf eines Stempelprozesses entgegen, der gegenwärtig beim Haupt-Steueramt schwelt, und bei dem es sich um die wichtige Frage handelt, ob die Kaufmännischen Lieferungsverträge, die ein Waller abgeschlossen hat, Stempelpflichtig sind. Bisher hatte das Haupt-Steueramt dergleichen Verträge nach dem Stempelgesetz von 1822 nicht für stempelpflichtig erachtet. Die nächste Veranlassung zu einer anderen Anhäufung hat die Denunziation eines bissigen Stadtgerichtsbeamten beim Haupt-Steueramt gegeben, der auf die dem Gericht eingereichten Lieferungsverträge des neuen Berliner Messingwerts wider hielt namhafte Fabrikanten Bezug genommen hat. Es handelt sich dabei um die Lieferung großer Quantitäten Messingdrähte, und die Verträge sind ufanmäßig durch einen vereideten Waller geschlossen worden. Wie die Denunziation behauptet, müssen diese Verträge einen Stempel von 1 M. 50 haben. In dem vorliegenden Prozeß verlangt der Stempelstift eine Zahlung von 9000 M. Strafe. Im Laufe der Woche wird das Recht des Haupt-Steueramts ergehen.

\*\* Rumänische Eisenbahnen-Aktien-Gesellschaft. In der am 28. d. in Berlin abgehaltenen Sitzung des Aufsichtsraths und des Gesamtausschusses der Gesellschaft wurde Seiten des Vorstandes der Abschluß pro 1875 vorgelegt und genehmigt. Inhalt des derselben gelangte pro 1875, wegen der notwendigen Abschreibungen der durch die Zahlungseinstellung des Dr. Strousberg erwachsenen Verluste, nur eine Dividende von 2½ p.C. zur Vertheilung. Diese Dividende soll ebenfalls wie die 1874er Dividende in Obligationen der Gesellschaft zur Einlösung gelangen und zwar beschloß man auf den diesbezüglichen Antrag von einer Zinsvergütung (der Coupon wird erst am 1. Juli fällig, die Obligationen tragen Zinsen vom 1. Juni) Abstand zu nehmen und die Obligationen glattlaufen gegen die Coupons einzutauschen. Gegenüber den eben jetzt wegen der Zahlungsfähigkeit der rumänischen Regierung erhobenen Bedenken wurde übrigens konstatiert, daß von der Garantiesumme am 27. d. eine Summe von mehreren hunderttausend Francs abschlagsmäßig bezahlt worden ist. Die Nachricht von der Nichtbezahlung verloste 8% Kuralbons wird entschieden dementirt. Vielmehr soll die Regierung nur kundgegeben haben, daß bei der Bezeichnung auf die neuen Schatzbons die fälligen Kuralbons in Zahlung gegeben werden können. (B. B. C.)

\*\* Die Einlösungsfristen für die grossb. sächsischen Kasernenanlagen vom Jahre 1859 und vom Jahre 1870, sowie diejenige für die auf Grund des Gesetzes vom 25. Febr. 1876 emittirten Schwäbisch-Sondershausen'schen Einhalter-Kassenanweisungen sind bis zum 30. Dezember 1877 (inkl.) verlängert worden.

\*\* Zur Lage des Geldmarkts. Seit einigen Tagen ist im Geldstand auf dem Privat-Diskontomarkt eine gröbere Knappheit eingetreten, und auch der Andrang zur Reichsbank hat eine so beträchtliche Steigerung erfahren, daß eine nahe bevorstehende Heraufsetzung des Bank-Diskontosatzes auf 4 p.C. wenigstens nicht als unwahrscheinlich anzusehen ist.

\*\* Köln, 30. Juni. Die heute stattgehabte ordentliche Generalversammlung der Aktionäre der Köln-Mindener Eisenbahn-Gesellschaft hat die Anträge der Direktion auf vollständige Herstellung der grossen Wagen-Reparatur-Werstätte bei Dortmund, sowie auf Erweiterung und Vervollständigung des Bahnhofes und auf Beschaffung der dazu erforderlichen 14 Millionen Mark einstimmig angenommen.

\*\* Breslau, 30. Juni. [Prioritätenausgabe der Breslau-Schwedt-Freiburger-Bahn.] Das Privilegium für die Ausgabe von 18 Millionen Mark 5 prozentige Prioritäten der Breslau-Schwedt-Freiburger Bahn (dasselbe datirt vom 26. Juni) ist hier gestern beim Direktorium der Gesellschaft eingetroffen.

\*\* Braunschweig, 30. Juni. Bei der heute stattgehabten Prämieneiung der Braunschweigischen 20-Thalerloose fielen der Haupttreffer von 48,000 Mark auf Nummer 45 der Serie 2695, 15,000 M. fielen auf Nr. 23 der Serie 2354, 7200 M. auf Nr. 33 der Serie 4884, 3000 M. auf Nr. 48 der Serie 8097, je 300 M. auf Nr. 21 der Serie 2071, Nr. 30 der Serie 2152, Nr. 43 der Serie 4212, Nr. 38 der Serie 4337, Nr. 22 der Serie 5255, Nr. 24 der Serie 5517, Nr. 16 der Serie 5906, Nr. 13 der Serie 6330, Nr. 46 der Serie 6350, Nr. 9 der Serie 7844 und Nr. 31 der Serie 9205.

\*\* Wien, 30. Juni. Die Karl-Ludwigsbahn löst vom 1. Juli d. ab bis auf weitere Bestellung ihre Prioritäten-Coupons und Obligationen an den deutschen Plänen in Reichsmark 1,65%. In Folge dessen gelangen die Coupons mit 12 M. 41 Pf. die ausgelosten Obligationen mit 496½ Reichsmark zur Auszahlung.

\*\* London, 29. Juni. Das Haus Lomb, Mumby & Co. hat seine Zahlungen eingestellt; die Passiva betragen dem "Standard" zu folge 170,000 Pf. Sterl.

\*\* Liverpool, 30. Juni. [Baumwollen-Wochenbericht.]

|  | Gegenwärtige Woche. | V |
| --- | --- | --- |

